

Isabel Heinemann

RAUMORDNUNG IM NATIONALSOZIALISMUS: DER „GENERALPLAN OST“

Der „Generalplan Ost“ gilt bis heute als Musterbeispiel für die verbrecherischen Raumordnungs- und Umsiedlungskonzepte des Nationalsozialismus, welcher im Zweiten Weltkrieg partiell umgesetzt wurde und ausgedehnte Zwangsumsiedlungen der Bevölkerung des besetzten Polens, aber auch Menschen weiterer Nationalitäten zur Folge hatte und aufs Engste mit der Ermordung der jüdischen Bevölkerung in Europa verknüpft war. Er war jedoch auch das Produkt von interdisziplinärer Grundlagenforschung,

welche die Deutsche Forschungsgemeinschaft mit hohen Summen förderte und an der sich zahlreiche Wissenschaftler – in diesem Feld tatsächlich ausschließlich Männer – bereitwillig beteiligten. Sie taten dies aus Überzeugung und unter Wahrung individueller Karriereinteressen und Gestaltungschancen, wobei die Beteiligten das Großprojekt nach 1945 zunächst höchst erfolgreich als rein theoretische Grundlagenforschung und sogar apolitische Friedensplanungen präsentierten.



Quelle: Bundesarchiv, R 49 Bild-0705 / Autor unbekannt / CC-BY-SA 3.0

Propagandaplakat zur Umsiedlung in den Warthegau (1939–1941) aus den Akten des RKF

Verantwortlicher Koordinator war der Berliner Agrarwissenschaftler Konrad Meyer, der im Auftrag Heinrich Himmlers ab Herbst 1939 als Leiter der Planungsabteilung des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) unterschiedliche Planungsvarianten erarbeitete (zur Rolle von Konrad Meyer in der ARL und als Herausgeber der Fachzeitschrift „Raumforschung und Raumordnung“ vgl. auch die Beiträge von Oliver Werner und Andreas Klee in diesem Heft). Nach verschiedenen Vorarbeiten von 1940 bis 1942 sandte Meyer am 2. Juni 1942 eine ausführliche Fassung des Planungswerkes an Heinrich Himmler. Darin projektierte der Wissenschaftler eine Germanisierung der eroberten Gebiete Osteuropas (Polen sowie Teile des Baltikums, der Ukraine und der westlichen Sowjetunion) durch Ansiedlung von fast fünf Millionen Reichs- und Volksdeutschen sowie durch die Zwangseindeutschung, Vertreibung, Versklavung und Ermordung großer Teile der lokalen Bevölkerung. Der Plan war das Resultat eines interdisziplinären Forschungsprogramms von der Agrarwissenschaft bis zur Raumplanung und Rassenanthropologie: Er sah eine großräumige Umgestaltung von Bevölkerungszusammensetzung, Siedlungs-, Verwaltungs- und Infrastruktur sowie von Industrie- und Agrarproduktion in einem Zeitraum von 25 Jahren vor. Die Ermordung der jüdischen Bevölkerung wurde im „Generalplan Ost“ vorausgesetzt, Millionenopfer unter der nicht-jüdischen Zivilbevölkerung waren einkalkuliert. Allein für die Region Leningrad war eine Reduktion der Bevölkerung um nicht weniger als drei Millionen Menschen vorgesehen. Dabei finden sich die Worte „Vernichtung“, „Verhungern“ oder „Sonderbehandlung“ nicht im Planungswerk – die Menschen wurde schlicht und einfach aus der Statistik herausgerechnet, ihr weiteres Schicksal nicht explizit erwähnt. Diese aseptische Nüchternheit des Dokuments erlaubte es Konrad Meyer später, die von ihm verfassten oder in Auftrag gegebenen Planungen als rein theoretische Friedens- und Wiederaufbaupläne darzustellen, ohne jede Verbindung zur NS-Vernichtungspolitik.

Es ist wichtig, den „Generalplan Ost“ nicht als realitätsferne Utopie – als welche die Verantwortlichen ihn nach 1945 erfolgreich darstellten – zu betrachten, sondern als systematisches Konzept. Darin wurden die nationalsozialistischen Vorstellungen über die ethnische Neuordnung Osteuropas gebündelt. Meyer betrachtete die Ostsiedlung dabei als historische Langzeitaufgabe. Dass dies ohne gravierende Opfer unter der Zivilbevölkerung nicht zu haben war, kalkulierte er ein: „Wir müssen uns heute darüber im klaren sein, daß der Osten erst in dem Augenblick wirklich für alle Zeiten deutsch bleiben wird, in dem aus dem geschlossenen deutschen Siedlungsraum alles fremde Blut, das die einheitliche Geschlossenheit des grenzdeutschen Volkstums irgendwie gefährden könnte, restlos entfernt ist“ (Meyer 1941).

Wissenschaft, Planung, Umsiedlung, Massenmord

Wäre der „Generalplan Ost“ komplett umgesetzt worden, so hätte dies die Ermordung von mehreren Millionen Menschen aus Osteuropa bedeutet. Erste Ansätze wurden je-

doch bereits während des Krieges verwirklicht, wie beispielsweise die Vertreibung von etwa 50.000 Polinnen und Polen aus der Gegend um Zamość im Generalgouvernement zum Zwecke der Germanisierung der Region. Der gewaltsame Germanisierungsversuch in den Jahren 1942 und 1943 kostete etwa 8.000 Menschen das Leben. Daneben wurden in der besetzten Sowjetunion zahlreiche SS- und Polizeistützpunkte als sogenannte deutsche „Siedlungsperele“ angelegt und die Volksdeutschen auf der Krim, am Schwarzen Meer und im Generalkommissariat Shitomir in eigenen Siedlungen zusammengefasst. Alle diese Projekte begutachtete Konrad Meyer auch vor Ort (Dienstkalender: 328, 509-512, 546) Hier offenbarte sich deutlich, dass er eben nicht nur Ideengeber und Koordinator der Umvolkungspläne war, sondern auch deren Umsetzung vor Ort kontrollierte.

Der „Generalplan Ost“ und die nächste Planungsvariante, der noch umfassendere „Generalsiedlungsplan“ von 1943/44 (welcher die Eindeutschung Gesamtpolens, des Protektorates Böhmen und Mähren sowie Elsaß-Lothringens vorsah, jedoch kriegsbedingt Fragment blieb), zielten darauf, lediglich einen kleinen Teil der lokalen Bevölkerung zu Deutschen zu machen (Madajczyk 1994: 235 ff.; Roth 1993: 96 ff.). Der Großteil der Menschen sollte vertrieben oder als Arbeitsklaven „verbraucht“ werden, beziehungsweise schlicht verhungern. Schließlich hatten alle Planungsvarianten zwei gemeinsame, entscheidende Merkmale: Sie basierten erstens auf der Annahme, dass die jüdische Bevölkerung aus den beplanten Gebieten restlos entfernt sei. Zweitens fußten alle Umsiedlungspläne auf den Ergebnissen ausgedehnter rassenanthropologischer Musterungen: Nur wer „guten Blutes“ war, sollte in einem Europa unter deutscher Führung seinen Platz haben dürfen (Heinemann 2003: 359 ff., 590 ff.). Den Rassenwert von Menschen mit nicht-deutscher oder gemischt-nationaler Herkunft zu ermitteln, war Aufgabe der Rasseexperten aus dem Rasse- und Siedlungshauptamt der SS.

Konrad Meyer als Prototyp eines anwendungsorientierten Wissenschaftlers

Beim Planungskomplex „Generalplan Ost“ handelte es sich nicht um das Resultat radikaler Planungen einer vom damaligen deutschen Wissenschaftsbetrieb abgeschotteten SS-Elite. Vielmehr arbeiteten angesehene Fachwissenschaftler* an deutschen Universitäten aktiv an der entsprechenden Grundlagenforschung und wurden dafür mit großzügigen Fördermitteln der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) ausgestattet. Die Pläne waren zugleich das Projekt einer anwendungsorientierten, politisch engagierten Wissenschaft.

Der Berliner Agrarwissenschaftler Konrad Meyer, Jahrgang 1901, war nicht nur ein namhafter Wissenschaftler, sondern verfügte auch über eine bedeutsame Machtposition an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik. Neben seinem Lehrstuhl für „Agrarwesen und Agrarpolitik“ an der damaligen Friedrich-Wilhelms-Universität Berlin koordinierte Meyer verschiedene Forschungsverbände – so gründete er 1935 die „Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumordnung“ als Teil der Reichsstelle für Raumordnung,



Quelle: Bundesarchiv, Bild 183-B01718 / CC-BY-SA 3.0

Konrad Meyer (ganz rechts im Bild) bei der Eröffnung der Ausstellung „Planung und Aufbau im Osten 1941“

der Vorgängerorganisation der heutigen Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft (vgl. hierzu den Beitrag von Oliver Werner in diesem Heft) und den „Forschungsdienst“, die „Arbeitsgemeinschaft der Landbauwissenschaften“ an den deutschen Universitäten. In der Deutschen Forschungsgemeinschaft wirkte er unter anderem als Vizepräsident und Leiter der Fachsparte „Landbauwissenschaften und allgemeine Biologie“. In der Allgemeinen SS, der er seit 1933 angehörte, brachte Meyer es zum SS-Oberführer.

Die Expertise der an der Erarbeitung des „Generalplan Ost“ beteiligten Wissenschaftler war so vielfältig und weitreichend wie die Pläne selbst. Neben den Agrarwissenschaftlern aus seinem Universitätsinstitut verpflichtete Meyer zahlreiche renommierte Wissenschaftler für die Mitarbeit am „Generalplan Ost“: Dazu gehörten der Geograph Walter Christaller, bekannt durch seine bis heute einflussreiche Theorie der zentralen Orte ebenso wie der Staatsrechtler Reinhard Höhn, die Finanzwissenschaftler Felix Boesler und Max Rolfes sowie die Landesplaner Erhard Mäding und Franz Doubek. Sie erstellten Kartenmaterial zur Umgestaltung des Altreichs, prüften rechtliche Fragen des Siedlungsaufbaus und der Finanzierung, reflektierten über Siedlungsstruktur, Städteplanung und rassische Zusammensetzung der Bevölkerung. Dazu untersuchten sie ganz praktische Fragen von der Anlage der Verkehrswege bis zu Tonaufkommen für die Herstellung von Ziegeln und der Verfügbarkeit von Baustoffen.

Für die beteiligten Wissenschaftler um Konrad Meyer galt, dass ihr Engagement für die politischen Ziele des Nationalsozialismus freiwillig erfolgte, sie profitierten gleichermaßen von sich neu eröffnenden Karrierechancen wie von den bereitgestellten Fördergeldern. Die vorbereiteten Forschungen zum „Generalplan Ost“ stellten zwischen 1941 und 1945 eines der Prestigeprojekte der Deutschen Forschungsgemeinschaft dar, das 1942 mit einer Fördersumme von 150.000 Reichsmark immerhin zweieinhalb Prozent ihres Jahresetats verschlang – eine immense Summe für ein Einzelprojekt. Insgesamt wurden die Planungen mit 510.00 Reichsmark gefördert (Heinemann 2006: 56, Übersicht der geförderten Projekte 58 ff.).

Konrad Meyer verstand sich selbst explizit als politischer Wissenschaftler, der jenseits des Elfenbeinturms auf eine praktische Umsetzung seiner Expertisen hinarbeitete. So beschrieb er die Wissenschaft bewusst als „Mitgestalter am großen Geschehen der Zeit“ (Meyer o.J.: 185).

Meyer und vielen seiner Kollegen gelang eine zweite Karriere in der Bundesrepublik. Dabei half ihnen die Bereitschaft der deutschen Gesellschaft, das Gros der Wissenschaften im Nationalsozialismus – so auch Raumplanung und Agrarwissenschaften – per se als unpolitisch anzuerkennen und die selbst geschaffene Legende, beim „Generalplan Ost“ habe es sich um ein reines Theoriegebilde gehandelt. Konrad Meyer wurde zwar 1947 im Fall VIII der Nürnberger Nachfolgeverfahren der Beteiligung an „Kriegsverbrechen“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“

angeklagt, jedoch in beiden Punkten freigesprochen und nur für seine Mitgliedschaft in der SS zur Verantwortung gezogen. Die verhängte Haftstrafe wurde mit seiner Internierungszeit und Untersuchungshaft verrechnet, sodass Meyer Nürnberg als freier Mann verließ. Entscheidend für den Freispruch in den Hauptanklagepunkten war die Strategie der Verteidigung, mittels zahlreicher Zeugenaussagen die Raumordnungsentwürfe als reine Grundlagenforschung mit philanthropischer Ausrichtung und ohne Bezug zu den NS-Verbrechen darzustellen (vergl. hierzu auch den Beitrag von Oliver Werner in diesem Heft). So erklärte Erhard Mäding, ehemals Mitarbeiter in der von Meyer geleiteten Planungsabteilung des RKF, der „Generalplan Ost“ hätte im Falle seiner Umsetzung „eine bedeutende Aufwertung der fraglichen Gebiete und damit eine wesentliche Verbesserung des Lebensstandards der Bewohnerschaft einschließend der darin verbliebenen polnischen Volksteile bedeutet“ (Eidesstattliche Versicherung Mäding 1947). Konrad Meyer selbst betonte, es sei im „Generalplan Ost“ lediglich darum gegangen, „die volkliche Gemengelage zwischen Deutschen und Polen durch planmäßige Umsiedlungen zu bereinigen“ (Meyer o. J.: 157). Das amerikanische Militärgericht folgte Meyers Argumentation und konstatierte, der Generalplan Ost sei in seiner Variante vom Mai/Juni 1942 nie verwirklicht worden (Rössler 1993: 366 f.).

Die solchermaßen durch das Gericht vorgenommene Trennung in die verbrecherische Volkstumspolitik der SS im Osten einerseits und die vermeintlich unpolitische Arbeit der Raumforscher andererseits dürfte es Meyer wesentlich erleichtert haben, in der Bundesrepublik wieder wissenschaftlich tätig zu werden. Bereits 1956 erhielt Meyer einen Lehrstuhl für „Landbau und Landesplanung“ an der Technischen Universität Hannover, wo er bis zu seiner Emeritierung 1966 wirkte. Er engagierte sich in der Akademie für Raumforschung und Landesplanung und beriet die Niedersächsische Landesregierung in Fragen der Regionalplanung. Inhaltlich schrieb er fortan von „Gesellschaft“ statt „Volk“, ersetzte Großraumdenken durch Regionalplanung, postulierte Nachhaltigkeit sowie Naturschutz und pries die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, den Vorläufer der EU, als Verwirklichung der „neuen Ordnung“ Europas.

Folgerungen

Obwohl der „Generalplan Ost“ nur in Teilen verwirklicht wurde und der Generalsiedlungsplan selbst Fragment blieb, wurden während des Zweiten Weltkrieges Millionen Menschen in den von Deutschland besetzten Gebieten Opfer von Vertreibung, Umsiedlung und Mord. Auch der Genozid an mehr als sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden gehört in den Kontext der angestrebten ethnischen Homogenisierung und erhielt durch sie zusätzliche Dynamik. Zugleich förderten Forschung und Planung die Auffassung innerhalb der deutschen Eliten, dass ethnische Neuordnung mittels Vertreibung und Genozid nicht nur politisch wünschenswert, sondern auch wissenschaftlich planbar und praktisch machbar sei.

Ohne die unter anderem von der DFG finanzierte Grundlagenforschung auf dem Gebiet der Raumplanung und Agrarwissenschaften hätten der „Generalplan Ost“

und die darauf aufbauenden Nachfolgeplanungen nicht erstellt werden können. Die Umsiedlungspläne fußten entscheidend auf der Arbeit engagierter Wissenschaftler wie Konrad Meyer, welche die Pläne nicht nur konzipierten und für ihre inhaltliche Ausgestaltung verantwortlich zeichneten, sondern ihnen auch den Anschein wissenschaftlicher Seriosität verliehen.

Entgegen der Selbstdarstellung vieler Wissenschaftler* in der Nachkriegszeit dominierte vor 1945 keineswegs eine apolitische Wissenschaft. Vertreter aller Disziplinen stellten sich bereitwillig in den Dienst der nationalsozialistischen Politik. Gerade Konrad Meyer kann dabei nicht als „Verführer“ betrachtet werden, sondern als Wissenschaftler, der bewusst seine Karriereinteressen verfolgte und seine politischen Ziele umzusetzen bestrebt war.

Wie ist nun zu erklären, dass sich mit Konrad Meyer (aber auch Erhard Mäding, Max Rolfes, Walter Christaller) fähige Wissenschaftler bereitwillig in den Dienst der Umgestaltung Europas, basierend auf Vertreibung und Mord, stellten?

Erstens traf die Neuordnung des eroberten Ostens, verstanden als ein Amalgam aus Kolonisierung, Zivilisierung und Modernisierung während des Zweiten Weltkrieges in breiten Teilen von Bevölkerung und Wissenschaft auf Zustimmung. Zweitens stand das Projekt in der Tradition deutscher Lebensraumkonzeptionen, konzipiert als konsequente Umsetzung des deutschen Drangs nach Osten, der durch die Kriegsniederlage des Ersten Weltkrieges einen traumatischen Rückschlag hatte hinnehmen müssen. Drittens gewann die angestrebte „völkische Flurbereinigung“ einen Teil ihrer Überzeugungskraft aus dem weithin akzeptierten Paradigma einer unterschiedlichen ethnischen wie rassistischen Wertigkeit der Völker Europas. Man musste kein radikaler Nationalsozialist sein, um diese Positionen zu teilen und für das eigene Handeln zu verinnerlichen. Praktisch bedeutete dies, dass relevante Teile der deutschen Eliten dazu bereit waren, das individuelle Schicksal von Millionen Menschen bereitwillig dem Anspruch auf ein deutsches, rassistisch fundiertes Ostraumimperium unterzuordnen.

Damit ermöglicht die Befassung mit der Geschichte von Raumforschung im Nationalsozialismus keinen beruhigenden Schlusspunkt, sondern sollte vielmehr den Ausgangspunkt weiterer Forschungen darstellen. Wer von den Handlungsoptionen und Überzeugungen der beteiligten Wissenschaftler* spricht, soll von den Schicksalen und Lebenswegen der Opfer nicht schweigen.

*Da sich in diesem Feld nur Männer und in den DFG-Förderakten zu diesem Themenkomplex keine einzige Wissenschaftlerin findet, die beteiligt war oder gefördert wurde, wird hier von der Autorin bewusst auf eine geschlechtergerechte Schreibweise verzichtet. Im Nationalsozialismus waren Wissenschaftlerinnen (wie bspw. Karin Magnus am KWI Berlin) die große Ausnahme.

Literatur

Der RFSS, RKF, Planungshauptabteilung: **Planungsgrundlagen für den Aufbau der Ostgebiete** (1940). Abgedruckt in: Müller, R. D. (1991): Hitlers Ostkrieg und die deutsche Siedlungspolitik. Die Zusammenarbeit von Wehrmacht, Wirtschaft und SS. Berlin, 130-138.

Heinemann, I. (2003): „Rasse, Siedlung, deutsches Blut“: Das Rasse- und Siedlungshauptamt der SS und die rassenpolitische Neuordnung Europas. Göttingen.

Heinemann, I. (2006): Wissenschaft und Homogenisierungsplanungen für Osteuropa: Konrad Meyer, der „Generalplan Ost“ und die DFG. In: Wagner, P.; Heinemann, I. (Hrsg.): Wissenschaft, Planung, Vertreibung: Neuordnungskonzepte und Umsiedlungspolitik im 20. Jahrhundert. Stuttgart, 45-72.

Heinemann, I. (2014): „Germanisierung“, Umsiedlung, Massenmord: Der „Generalplan Ost“ und die Konzepte zur ethnischen Neuordnung Osteuropas im Zweiten Weltkrieg. In: Madajczyk, P.; Popeliński, P. (Hrsg.): Social Engineering. Zwischen totalitärer Utopie und „Piecemeal-Pragmatismus“. Warschau, 161-176.

Leendertz, A. (2008): Ordnung schaffen. Deutsche Raumplanung im 20. Jahrhundert. Göttingen.

Madajczyk, C. (1994): Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. München.

Mädling, E. (1947): Eidesstattliche Versicherung vor dem amerikanischen Militärgericht in Nürnberg, 22.11.1947. Bundesarchiv Koblenz, All. Proz. 1, Rep. 501, XXXXIV, M 4, S. 90a.

Meyer, K. (o.J., Typoskript): Über Höhen und Tiefen. Ein Lebensbericht. Archiv der TIB/Universitätsarchiv Hannover.

Meyer, K. (1941): Siedlungs- und Aufbauarbeit im deutschen Osten. In: Münchner Studentenzeitung „Die Bewegung“ 9 (Folge 8), 7.

Meyer, K. (28.05.1942): Kurze Zusammenfassung der Denkschrift Generalplan Ost sowie Meyer, K. (02.06.1942): Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus. Beide Quellen abgedruckt in: Madajczyk, C. (1994): Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. München, 85-130. Letztere Quelle als Facsimile auch online zugänglich unter

https://www.1000dokumente.de/index.html?c=dokument_de&dokument=0138_gpo&object=facsimile&st=&l=de (09.04.2021).

Rössler, M. (1993): Konrad Meyer und der „Generalplan Ost“ in der Beurteilung der Nürnberger Prozesse. In: Rössler, M.; Schleiermacher, S. (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin, 356-367.

Rössler, M.; Schleiermacher, S. (Hrsg.) (1993): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin.

Roth, K.-H. (1993): „Generalplan Ost“ – „Gesamtplan Ost“. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse. In: Rössler, M.; Schleiermacher, S. (Hrsg.): Der „Generalplan Ost“. Hauptlinien der nationalsozialistischen Planungs- und Vernichtungspolitik. Berlin, 25-117.

Witte, P.; Wildt, M.; Voigt, M.; Pohl, D.; Klein, P.; Gerlach, C.; Dieckmann, C.; Angrick, A. (Hrsg.) (1999): Der Dienstkalender Heinrich Himmlers 1941/42. Hamburg.



© Dorothee Rietz, Münster

PROF. DR. ISABEL HEINEMANN,

von 2009 bis 2019 Juniorprofessorin für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, seit 2019 Professorin für Neueste Geschichte an der WWU Münster. Zu ihren Forschungsschwerpunkten zählen aktuell Nationalsozialismus, Holocaust und die Folgen für die Geschichte der europäischen Gesellschaften sowie das Themenfeld Reproduktionspolitiken, Geschlechterordnungen und Wissensregime in modernen westlichen Gesellschaften.

Tel.: +49 251 83-25458

isabel.heinemann@uni-muenster.de